

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: J. Quitt
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rätestraße 18 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6803.

Anzeigengebühr für die sechspaltige Kolonelleiste:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Die wirtschaftliche Überwindung des Kapitalismus

In seinen im Kommissionärsverlag von W. Trösch in Ulm erschienenen Briefen an die deutschen Arbeiter weist Parvus darauf hin, daß die Hauptschwierigkeit der wirtschaftlichen Überwindung des Kapitalismus nicht darin liege, den kapitalistischen Besitz durch gemeinsamen Besitz zu ersetzen, sondern darin, die kapitalistische Produktion in die sozialistische überzuführen. Die Organisation sei alles. Zu diesem Zweck müßten wir uns vor allem der Formen der Sozialisierung bedienen, die wir bereits im kapitalistischen Staat vorfinden. Das seien zunächst die Staatsbetriebe.

Die Vergeßlichkeit der Staatsbetriebe gehe nach zwei Richtungen: Erstens nach einer vollkommenen Vertretung der Interessen der Arbeiter in den Staatsbetrieben. Die Mittel und Wege dazu seien durch die gewerkschaftliche Praxis gegeben. Es wäre falsch und verderblich, wenn etwa die Meinung aufkommen sollte, weil der Staat selbst sozialistisch umgestaltet werde, brauchten die Arbeiter der Staatsbetriebe keine gewerkschaftlichen Vertretungen mehr, wie gegenüber dem kapitalistischen Staat. Falsch sei es deshalb, weil die Vertretung der Arbeiterschaft nicht nur zur Sozialisierung des Staates gehöre, sondern sogar ihren wesentlichsten Teil bilde.

Im Gegensatz zum Bolschewismus wolle der Arbeitersozialismus die neue Gesellschaft aus den Arbeiterorganisationen heraus entwickeln. Er wolle einen Gesamtwillen schaffen und nicht durch die Macht einer bewaffneten Schar die Gesamtheit beherrschen. Der Arbeitersozialismus wolle von unten aufbauen, darum sei er Leben und Gedeihen.

Doch sei neben einer vollständigen und auf das peinlichste durchgeführten gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter in den Staatsbetrieben aber auch eine Umgestaltung der Zentralleitung dieser Betriebe im sozialistischen Sinne notwendig. Die Zentralleitungen der Staatsbetriebe waren bis jetzt willkürliche Organe der Regierung. Sie dienten darum in erster Linie militärischen, in zweiter Linie fiskalischen Zwecken, erst hinterher kamen die allgemeinen Interessen der Volkswirtschaft.

Neben einer größeren Selbständigkeit der einzelnen Zentralleitungen, die ihnen die Möglichkeit geben soll, die Angelegenheiten des betreffenden Industriezweiges und der in ihm vertretenen Arbeiterschaft wahrzunehmen, muß zugleich den anderen Geschäftszweigen, die von den Staatsbetrieben abhängen, die Möglichkeit gegeben werden, mitbestimmend in deren Geschäftsgängen einzugreifen. Ich brauche bloß auf die Tarifpolitik der Eisenbahnen zu verweisen, um diese Forderung begründlich zu machen.

Es handelt sich nach Parvus nicht darum, widerspenstige Interessen unter eine Schablone zu zwingen, sondern vorhandene Interessenswiderprüche durch einen umfassenden Solidaritätsgedanken zur Ausöhnung zu bringen.

Als sehr angebracht erscheint uns zurzeit auch der Hinweis von Parvus auf die bedeutende Tatsache, daß das Proletariat nur der Kapitalistenklasse gegenüber einen einheitlichen Willen darstellt, daß es aber, wenn es selbst zur Herrschaft gelangt, innere Interessenunterschiede und selbst Gegensätze zu überwinden hat, und daß vor allem auch innerhalb der Klasse selbst das Recht der einzelnen Persönlichkeit geschützt werden muß.

Diese wichtigen Unterscheidungen werden heute im Tageskampf der verschiedenen sozialistischen Meinungen leider oft übersehen, so zum Beispiel, wo es sich um die Wertung der Begriffe Streik und Streikbrecher handelt.

Wichtig sind nach den sehr beachtlichen Ausführungen von Parvus die bei der Sozialisierung der Staatsbetriebe zu berücksichtigenden Interessenrichtungen.

Erstens das Interesse des einzelnen Arbeiters, der mit seinem ganzen Dasein von seiner Stellung im Betriebe abhängig ist. Dieses ist das Maßgebende, denn die Gesellschaft ist dazu da, das Glück der Persönlichkeit zu fördern.

Zweitens das Interesse der gesamten Arbeiterschaft des einzelnen Produktionsverbandes. Dieses findet seine Schranken an dem persönlichen Interesse des einzelnen Arbeiters und schränkt es auch seinerseits ein. Denn so weit kann die Glücksforderung des einzelnen nicht gehen, daß seine Mitmenschen darunter leiden, und eine dauernde Gefährdung der Interessen der Arbeitergemeinschaft verletzt schließlich die Interessen eines jeden unter ihnen. Andererseits hat jede Arbeitergemeinschaft ihre Angelegenheiten gegenüber anderen Arbeitergemeinschaften wahrzunehmen. Die Stellung der einzelnen Arbeitergruppen in der kapitalistischen Gesellschaft war ungleich, hauptsächlich, weil der Grad der Ausbeutung verschieden war. Der Sozialismus übernimmt in diesen Dingen eine schlimme Erbschaft. Es wird viel Geduld und gegenseitiges Entgegenkommen brauchen, bis der nötige Ausgleich geschaffen ist.

Drittens das Interesse des Industriezweiges, dem die Arbeiterschaft angehört. Es ist klar, daß die Interessen der Arbeiterschaft ihre Grenzen an den Bedingungen finden, unter denen sich der betreffende Industriezweig entwickeln kann.

Viertens das Interesse der Allgemeinheit.

Diese „Uebereinanderordnung der verschiedenen Interessen“ wird dann an dem Beispiel der Eisenbahnen skizziert.

Jeder Angestellte der Eisenbahnen darf verlangen, daß er ein sicheres und zu einem kulturellen Dasein ausreichendes Einkommen erhalte, daß seine Gesundheit nicht durch übermäßige Kraftanstrengung beeinträchtigt werde, daß er genügend freie Zeit habe und eine derartig geregelte Arbeitszeit, daß ihm seine Tage nicht zersplittert werden, daß er sich seiner Familie, der Wissenschaft, der Kunst, dem Sport oder sonstigen Liebhobbies widmen könne. Er darf Sicherheit verlangen, daß er nicht grundlos von seinem Platz fortgerafft werden kann, daß für ihn und seine Angehörigen, soweit sie nicht

selber ertörfähig sind, in den Fällen von Krankheit, Verunglückung, Alter usw. gesorgt wird. Das ist das persönliche Interesse.

Die Gemeinschaft sämtlicher Angestellten der Bahnen darf dann von jedem einzelnen verlangen, daß er gewissenhaft und fleißig seine Arbeit verrichte, seinen Arbeitsgenossen beistehende, die Arbeitsordnung genau befolge und Disziplin halte. Denn, wenn er es nicht tun würde, wenn er faul, unordentlich, eigensinnig, streifschüchtig oder gar unehelich wäre, so würde er der Gemeinschaft zur Last fallen, die gute Ordnung stören, vielleicht sogar den Betrieb und somit das Leben der Eisenbahner wie der Reisenden gefährden.

Die Eisenbahnverwaltung als Vertretung des Industriezweiges hat für die Anlagen und den Betrieb zu sorgen, für die technische Vervollkommnung und den Ausbau des Verkehrs.

Die Allgemeinheit schließlich macht sich geltend bei der Regelung der Tariffragen, der Erweiterung des Eisenbahnnetzes, der Finanzierung großer technischer Umgestaltungen usw.

So wird bei der wirtschaftlichen Sozialisierung der Kapitalität nicht etwa durch die Regierung ersetzt, sondern es tritt an die Stelle des Kapitalisten oder der Aktiengesellschaft eine Zusammenfassung von Vertretungen der beteiligten Interessen: Persönlichkeit, Arbeitergemeinschaft, Betriebszweig, Allgemeinheit, während im kapitalistischen Betrieb alles in den Händen des Kapitalbesitzers liegt, der den Gewinn einsteckt und allein das Risiko trägt.

In der gerechten Wahrnehmung aller Interessen liegt nach Parvus die moralische Gewähr der Festigkeit der sozialistischen Wirtschaftsordnung: Jeder einzelne muß davon durchdrungen sein, daß er sein persönliches Interesse wahrnehmen, aber dieses auch den anderen berechtigten Interessen anpassen und unterordnen muß. Denn nach dem Wegfall des kapitalistischen Besitzes fallen auch die Hungerpeinliche und der klavisische Gehorsam als regelnde Faktoren weg, an ihre Stelle tritt die auf der klaren Einsicht des einzelnen und dem moralischen Zusammenhalt der Arbeiterklasse beruhende Disziplin. Während der Uebergangszeit fällt den Arbeiterorganisationen, vor allem den Gewerkschaften, die große Aufgabe der moralischen Erziehung der Arbeiterschaft zu. Sie werden dieser Aufgabe um so mehr gerecht werden können, als sie schon bisher einen wesentlichen Teil ihrer Tätigkeit ausmachten.

Schließlich beschäftigt sich Parvus noch mit der allgemeinen Auswirkung des Sozialismus. Neben den Staatsbetrieben wird es, wie er darlegt, in der sozialistischen Gesellschaft eine große Mannigfaltigkeit wirtschaftlicher Organisationsformen geben, wie die Gemeindebetriebe, Genossenschaften, Konsumvereine, Gewerkschaftsbetriebe und andere Formen des gemeinsamen Besitzes. In das Gebiet der Staatsbetriebe gehören die Verkehrsmittel. Daran schließen sich Bergbau und Eisenindustrie. Wenn der Staat Eisenbahnen, Kohle und Eisen in der Hand hat, beherrscht er damit das ganze wirtschaftliche Leben des Landes. Ob man dahin kommt auf dem Wege der Beschlagnahme, der zwangsweisen Ablösung oder eines Kaufvertrages, ist von minderer Bedeutung, wenn auch der Staat keine Veranlassung hat, auf die Wohlthätigkeit der Arbeiter zu nehmen. Der sozialistische Staat kann aber nach Parvus für Eisenbahnen, Bergwerke und Eisenhütten „einen Preis zahlen, der jede Konkurrenz schlägt. Die Kombination dieser großen Industriezweige bietet derartig große Geschäftsvorteile, daß der Staat unbedingt auf seine Kosten kommen wird.“

Ohne Kohle, Eisen und Eisenbahnen kann keine Industrie bestehen. Folglich werden sich alle Industrien dem sozialistischen Staat fügen müssen, wenn er über diese grundlegenden Produktionszweige disponiert. Der Staat braucht dann nur in engere Beziehungen zu den anderen sozialistischen Betrieben zu treten, und die Stunde des Kapitalismus hat geschlagen. Dieser kann gegen die große und steigende Macht der sozialistischen Produktionsgemeinschaft nicht mehr aufkommen, er wird mit seinen eigenen Waffen geschlagen, den Waffen der Konkurrenz. Der Augenblick kommt dann rasch, wo die Kapitalisten selbst die Sozialisierung ihrer Betriebe beantragen werden, um dem vollständigen Ruin zu entgehen.

Am ehesten werden die Gemeindebetriebe dann in eine innigere Verbindung mit den Staatsbetrieben treten müssen. Schon die Zusammenfassung des gemeinsamen Bedarfs der demokratisierten großstädtischen Gemeindebetriebe wird eine große wirtschaftliche Macht darstellen. Andere Machtauswirkungen bringen die elektrischen Zentralen in den Städten mit ihrer Beherrschung der Umgebungen.

St ist erst die große Produktions- und Verkehrsgrundlage des Sozialismus gegeben, dann braucht man keine rechtlichen Zwangsmittel, um die Privatindustrie zu enteignen, dann greift der Sozialismus weiter um sich mit noch größerer Unwiderstehlichkeit als die kapitalistische Kartelle und Syndikate. Die dezentrale, nicht rückwärtslose Ausnutzung der kapitalistischen Privateigentumsrechte kann aber nicht der Weg des Sozialismus sein. Denn dieser Weg führt nicht wie jener der Kapitalisten über wirtschaftliche Leiden. Man wird rechnen, ausgleichend, verallgemeinernd durch die Gesetzgebung eingreifen. Nicht terroristisch wird die sozialistische Gesetzgebung wirken, sondern im Gegenteil mildern, im Sinne der Wahrnehmung der Interessen aller Volksgenossen. Wie ja überhaupt die Aufgabe des Sozialismus nicht die Aufrichtung einer neuen Klassenherrschaft, sondern die Aufhebung jeder Klassenherrschaft ist.

Wollte man die Sozialisierung mit der allgemeinen Hintertreibung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, Aufhebung des Lohnsystems usw. anfangen, so würde man sich dadurch nur enorme Schwierigkeiten aufhaken, ohne die Sache selbst auch nur um Haarsbreite gefördert zu haben. Um die notwendige wirtschaftliche Umgruppierung zu erreichen, muß man erst in Dienste des Sozialismus eine wirtschaftliche Macht zusammenschließen, die dem Privatbesitz überlegen ist und sich ihm gegenüber durchzusetzen vermag! —

Wir unterbreiten die Darlegungen vor Parvus unseren Lesern als Stoff bei den zurzeit ja so regen Erörterungen über Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Durchführung des Sozialismus.

Sitzung des erweiterten Beirats

Der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes war am den 13., 14. und 15. März 1919 zu seiner dritten ordentlichen Sitzung nach Stuttgart (Metallarbeiterheim) zusammenberufen. Kollege Reichel, der die Verhandlungen namens des Vorstandes eröffnete und leitete, bemerkte einleitend, daß die zweite Sitzung am 7. und 8. November 1918 durch die revolutionären Ereignisse eine jähe Unterbrechung erfahren habe und ihre Arbeiten nicht erledigen konnte. Eine frühere Berufung des Beirats sei infolge der Ereignisse nicht möglich gewesen. Die durch die Revolution bewirkten Änderungen drücken sich auch in der Entwicklung des Verbandes aus. Der Verband zählte am 1. März bereits über eine Million Mitglieder. Dabei fehlten die Mitgliedschaften in Elsaß-Lothringen, auf die wir wohl endgültig verzichten müßten. Der Stand der Mitgliedschaften ändere sich von Woche zu Woche. Die Verfertigung der Mitgliedschaften mit Material bedeute einen außerordentlichen Arbeitsanfall. Wegen der Verkehrs-schwierigkeiten war es auch nicht möglich, alles Nötige pünktlich an die Verwaltungsstellen zu liefern. Das werde sich nun wohl zum Besseren wenden.

Bevor die vom Vorstand vorgeschlagene Tagesordnung zur Beratung gelangte, hatte sich der Beirat mit einer Mandatfrage zu befassen. Das Mandat eines Berliner Delegierten des Beirats war angefallen, da er aus der mittleren Ortsverwaltung Berlin, die der Wahlkörper für die Wahl der Delegierten zum Beirat bildet, ausgeschieden ist. Der Vorstand legt den Beschluß von Köln (§ 31 Abs. 8 des Statuts) so aus, daß die Mandate der auf Bezirkskonferenzen gewählten Mitglieder des Beirats erst mit der nächsten Generalversammlung erlöschen, wogegen der Berliner Standpunkt ist, daß mit Ausschreibung aus dem Wahlkörper auch das Mandat zum Beirat erlösche. Die mittlere Verwaltung Berlin hatte deshalb dem betreffenden Kollegen das Mandat aberkannt und für ihn eine Ersatzwahl vorgenommen. Die Berliner Vertreter halten es für logisch undenkbar, daß ein Mandat unter allen Umständen zwei Jahre gelte. Vom Vorstand wurde darauf erwidert, daß es nach dem Wortlaut des Statuts durchaus logisch sei, das Mandat als auf zwei Jahre erteilt zu erachten. Selbst wenn ein Kollege in einem andern Bezirk überlebte, laufe sein Mandat weiter, denn man könne doch in solchen Fällen nicht den schweren und umständlichen Apparat einer Bezirkskonferenz in Bewegung setzen. Die nächste Generalversammlung müsse jedoch für die Wahl der Delegierten zum Beirat ein Wahlreglement aufstellen. Die Berliner Vertreter berieten sich für ihre Auffassung auch auf die Entscheidung des Vorstandes über eine Beschwerde. Der Vorstand dieser Entscheidung stützt jedoch diese Auffassung nicht. — Der Beirat beschloß mit allen gegen 4 Stimmen, das Mandat des Neugewählten für ungültig zu erklären.

Es erfolgte nunmehr die Festsetzung der Tagesordnung. Vom Vorstand wurden dafür folgende Punkte vorgeschlagen:

1. Stellungnahme zum Gewerkschaftskongress in Nürnberg:
 - a) zur Tagesordnung und Einreichung etwaiger Anträge;
 - b) zur Wahlkreiseinteilung und zum Wahlreglement.
2. Stellungnahme zur Generalversammlung:
 - a) Bestimmung des Zeitpunktes der Abhaltung;
 - b) Festsetzung der Tagesordnung;
 - c) Aussprache über die in Aussicht zu nehmenden Reformen im Unterstützungsweisen und der Vertragsverhandlung.
3. Bericht über die Arbeitsgemeinschaften und unsere Stellung zu ihnen.
4. Mitteilung über die Abhaltung je einer Berufskonferenz für die Gleisearbeiter und für die Arbeiter in den Waggonfabriken.

Von der Verwaltungsstelle Romabens-Potsdam wurde beantragt, noch folgende drei Punkte auf die Tagesordnung zu setzen:

1. Die Zwangsmassnahmen der Funktionäre des Eisenbahner-Verbandes zum Uebertreten unserer Mitglieder, die in Eisenbahnverwaltungen arbeiten.
2. Einberufung einer Reichskonferenz für die Arbeiter der Lokomotivfabriken.
3. Den Mitgliedern, die an den politischen Streiks beteiligt waren, für die Dauer der Streiks beitragsfreie Marken zu geben.

Den Anträgen 1 und 2 wurde zugestimmt, Antrag 3 wurde durch Uebereingung der Tagesordnung abgelehnt. Unser Statut sei maßgebend. Die Ortsverwaltungen könnten Beitragsbefreiung gewähren, doch liege hier kein Bedürfnis vor.

Von einem Berliner Mitglied des Beirats wurde beantragt, auch über die Einberufung einer Reichskonferenz der Metallarbeiter eine Aussprache zu pflegen. Dem wurde zugestimmt.

Die Aussprache über die Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses eröffnet Kollege Reichel. Von ihr seien es die Punkte 4 und 5 über die Arbeitsgemeinschaften und die Satzungen des Bundes der Gewerkschaften, die für uns in erster Linie in Betracht kommen. Ueber den Bund solle eine von der Vorstandskonferenz eingesetzte Kommission von 11 Mitgliedern eine Vorlage ausarbeiten. Von einem Mitglied dieser Kommission sei ein Entwurf für die Bundesstatuten eingereicht worden, der sich auf den alten Satzungen aufbaue. Er, Redner, wolle auch Vorschläge einreichen, in denen der Gehalt des Industrieverbandes klarer betont werde. Mit den kleinen Berufsverbänden sei allmählich auszuräumen. Mit Zwangsmassnahmen sei da wohl nichts zu erreichen, aber der Entwicklung könne man dadurch nachhelfen, daß man die Notwendigkeit einer Veränderung zum Ausdruck bringe. Vorbedingung eines Aufgehens kleinerer Verbände in größeren sei, daß mehr Gleichmächtigkeit in den Unterstützungen geschaffen werde. Der General-Kommission müsse die Pflicht auferlegt werden, auf Einheitslichkeit hinzuwirken. Bei Uebertreten verlieren viele ihre Rechte. Wenn General-Kommission und Vorstandskonferenz auf größere Einheitslichkeit hinarbeiten, so lasse sich ein engerer Zusammenschluß erreichen. — Auch sei eine Reform der örtlichen Gewerkschaftskartelle notwendig, die jetzt niemand mehr bestritten. Sie seien als altes Erbschicksal übernommen worden. Er wolle vorschlagen, daß aus den örtlichen Verwaltungen der Zentralverbände ein geschäftsführender Ausschuss eingesetzt werde, der Aufgaben und Vorlagen erledigt und zur Beschlussfassung die Mitglieder der Ortsverwaltungen zusammenberuft. Die Frage der Einheitsorganisation stehe in letzter Zeit eine große Rolle. Allein die Gliederung der Gewerkschaften nach Gesichtspunkten der Industrieverbände werde auch in Zukunft nötig sein. Dafür habe Berlin ein Schicksalsbeispiel geliefert in der Frage des Kollektivabkommens, das von der Generalversammlung verworfen, von den meisten Branchen angenommen worden sei. Es gelte ein Festhalten an den Industrieverbänden in ihrer jetzigen Gliederung, weil einzelne Berufsfragen nur durch Industrieverbände gelöst werden können. Innerhalb der Gliederung kann auf Vereinheitlichung hingewirkt werden.

Ein Berliner Vertreter teilt Reichels Standpunkt nicht. Die Frage werde durch die Beschäftigten überholt. Die kleinen Gewerkschaften würden von selbst verschwinden durch das Räteystem. Durch dieses werden wir auch große einheitliche Organisationen bekommen. Die Gewerkschaften werden sich auflösen. Das könne nach Jahre dauern, aber die Einheitsorganisation werde kommen.

Ein Vertreter des 5. Bezirks will die Rechte der Gewerkschaftskartelle nicht beschneiden, man solle nicht einem weiteren Bürokratismus das Wort reden. Die Mitglieder müssten zur Gewerkschaftsarbeit herangezogen werden. Er stehe auf dem Standpunkt der Demokratie, es müsse allen Gelegenheiten gegeben werden, mitzutreten. Gegen die Beamten besitze ein gewisses Misstrauen, das nach Möglichkeit zu beseitigen sei.

Ein Bezirksleiter gibt Beispiele aus der Praxis. Die kleinen Verbände müssten verschwinden, sie werfen uns Knüttel vor die Füße und treiben manchmal Tejesadopolitik. Wenn der Vorredner meinte, man solle alles den Beamten in die Hände geben, so habe er, Redner, stets Mitarbeiter gesucht. Aber die Vertreter aus der Werkstatt seien oft bei Verhandlungen mit den Unternehmern nicht gerufen genug. Ein anderer Bezirksleiter versteht nicht, wie man vom Beschneiden von Rechten bei Aenderung in den Kartellen reden könne. Die Hauptsache sei, daß alle Arbeiter zur Zufriedenheit der Arbeiter erledigt werden.

Ein Vertreter des 7. Bezirks erklärt es für die Pflicht des Kongresses, auf Vermittelung der kleinen Verbände hinzuwirken, und er fragt: Was leisten die Kartelle? Nichts! — Ein Vertreter des 9. Bezirks verweist darauf, wie die Wahlen zu den Kartellen zustandekommen. Es seien Zufallsnahmen. In den Kartellen werde keine erprobte Arbeit geleistet. Es werde über alles mögliche geredet, aber nichts geschaffen. Ein geschäftsführender Ausschuss werde besser arbeiten. Die Vereinfachung der verwandten Verbände sei notwendig. Die kleinen Verbände bringen uns in die schwierigsten Situationen durch ihr eigenmächtiges Vorgehen. Schwierigkeiten bereite auch der Fabrikarbeiterverband durch seine Ansprüche auf Arbeiter, die unbedingt zu unserem Verbande gehören. Wenn die Generalkommission energischer wäre, müssten längst einzelne kleine Verbände aufgehoben sein.

Kollege Zernide führt aus, der Gewerkschaftskongress werde die Frage der Verschmelzung der Verbände wohl nicht lösen können. Die Ansichten des Berliner Vertreters seien nicht durchführbar, denn die Arbeiter würden dazu nicht die Macht haben. Der Gedanke der Einheitsorganisation sei schon auf einem früheren Gewerkschaftskongress eingehend besprochen worden, konnte aber keine Gegenliebe finden. Auch heute findet Gliederung in Fachgruppen noch mehr Anklang. Der Gedanke der Betriebsräte ist keineswegs bei den Arbeitern in dem Maße vorhanden, wie es behauptet wird. Wenn man den Räten die wirtschaftliche Vertretung überlassen werde, gebe es ein buntes Durcheinander, es fehle die straffe Organisation. Der Schneider werde sich nicht vom Schuster in seine betriebswirtschaftlichen Fragen hineinreden lassen. Bei uns sei es das selbe. Darum die Anträge für Berufsorganisationen. Die Gliederung der großen Berufsverbände nach Fachgruppen werde künftig eine größere Rolle spielen. Heute treten Straßenbahner und Eisenbahner am radikalsten auf. Ihnen fehlt die politische Schulung. Diese fallen leicht wieder ins Gegenteil. Das Räteystem wird nicht zur Einheitsorganisation führen.

Ein Bezirksleiter bemerkt, daß die Gewerkschaftsarbeit doch viel komplizierter sei, als sich mancher denkt. Der nach der Einheitsorganisation treibende Gedanke sei politischen Ursprungs. Dadurch sei eine Wahrnehmung der Interessen der einzelnen Berufs unmöglich. Die Gewerkschaftsorganisation sei doch kein Gebilde, das aus dem Handgelenk geschaffen wurde, sie ist im Laufe der Zeit geworden, weil sie dringend notwendig war, und sie wird dies auch in Zukunft sein. Es komme nicht auf neue Einrichtungen an, sondern daß wir mit möglichst wenig Zeit und Kraft Gutes leisten. Solange wir Gewerkschaften haben, erheben wir Anspruch darauf, daß Metallarbeiter, die in anderen als reinen Metallindustriebetrieben arbeiten, zu unserem Verband gehören, besonders dann, wenn in den betreffenden Unternehmungen völlig selbständige Nebenbetriebe mit Metallarbeitern bestehen.

Ein Berliner Vertreter führt aus, daß in Berlin durch die Wahlen die Dezentralisation in der Zentralisation anerkannt sei. Bei der Rätefrage komme es darauf an, wie sich der einzelne dazu stelle. Die Räte würden jetzt in der Verfassung anerkannt. Wir müssten Hand in Hand mit ihnen arbeiten. Sie würden sich an uns wenden und den Zustand der Organisation haben müssen. Es könne nur eine Erleichterung unserer Arbeit sein, wenn wir mit ihnen arbeiten. Im Verdegang des Räteystems sei wohl ein Durcheinander das abgeändert werden müsse. Es sei Bedacht darauf zu nehmen, daß Leute mit Schulung und Bildung an die Spitze kommen. Nur wir das nicht, werden wir das Futurum der Arbeiter von neuem verherzen. Die Einheitsorganisation wird in absehbarer Zeit nicht kommen. Wir müssen alles tun, um das Wirtschaftliche anzubahnen. Eine bessere Kontrolle könne über das Kapital nicht ausgeübt werden als durch die Räte. Bezüglich der Kartelle gelte in Berlin das, was Reichel wolle. Die Berliner Gewerkschaftskommission dürfe nur allgemeine, das Gesamtinteresse betreffende Fragen erheben. Mit einem Ausschuss aus den Ortsverwaltungen sei es nicht einverstanden. Man solle die Mitglieder mitarbeiten lassen. Berlin könne sich mit einem so verfeinerten Apparat nicht helfen. Die Metallarbeiter hätten in Berlin auch nur eine Stimme, deshalb sei die Ortsverwaltung nicht schlußfähig geworden, entsprechend unserer Mitgliederzahl Sätze zu verhängen.

Ein Vertreter des 5. Bezirks bemerkt, über das Räteystem würde die Zeit das Urteil fällen. Wegen der Kartelle könne er sich nicht damit befremden, daß nur aus den Verwaltungen ein Ausschuss gebildet werde. Die Angehörigen seien auch überlastet, könnten vielfach nicht an den Kartellarbeiten teilnehmen. Die Vertretung der Vertreter in den Kartellen solle nach dem Verhältnis der Mitglieder geschehen.

Der schon früher zu Wort gekommene Vertreter des 5. Bezirks erwidert auf die gemachten Bemerkungen, man solle vor dem Räteystem nicht den Kopf in den Sand stecken. Die Räte können in die Verfassung und es sei ein Hindernis gegenüber diesen Staatsmaßnahmen einer ablehnenden Standpunkt einzunehmen. Es scheint, daß nur das Wort Mai vermag. Die Kartelle hätten erst gearbeitet. Die früheren Wahlrechtsdemonstrationen seien ohne sie nicht möglich gewesen.

Kollege Reichel erwidert: Wir wissen den Kopf nicht in den Sand. Es habe sich niemand grundsätzlich gegen ein Räteystem ausgesprochen. Es sind nur lebhaftere Bemerkungen vorhanden, weil viele unklar Kopfe die Gewerkschaften ausschalten wollen. Wir dagegen seien überzeugt, daß die Gewerkschaften auch in einem sozialistischen Staat notwendig sind. Wir hoffen, daß die Zeit für einen größeren Einfluß, für Konkretheit der Arbeiterausgleichsmittel. Das System der Räte, aber wie man diese nennen will, kann nicht weichen, aber wir werden die Gewerkschaften nicht ausschalten lassen, diese entsprechen einem ursprünglichen Bedürfnis, ohne sie können nicht gehandelt werden. Sein Vorbehalt über die Kartelle sei noch kein... an den Kongress. Er hoffe, daß die Kommission zur Überprüfung der Kartelle eine Aenderung der Kartelle anerkennen. Kuperberg würde man aus dem heraus, daß wir nicht für, was den gegenwärtigen Umständen unbedingt notwendig ist. So wird Klugheit sein man uns zuwenden. Das was die Demokratie durch eine Aenderung der Kartelle abgeben wolle, das ist eines der vielen Schlagwörter, die immer wieder auftauchen. Der vorgeschlagene Ausschuss solle die Geschäfte führen, und die Mitglieder der Ortsverwaltung zu unterstützen. In den Ortsverwaltungen sind doch die Kollegen, die im Arbeitsverhältnis stehen. Ein solches Demokratie als durch ihre Herangehörung könne man sich aber denken, sie seien durch die Mitglieder gewählt. Das die Einheitsorganisation verlangt, so sei während der Revolution der Gedanke der beruflicher Einheitsorganisation nicht unpassend heranzutragen, zum Beispiel durch Einsetzung eines geschäftsführenden Ausschusses. Dagegen müßten wir uns wenden, bis jegliche Zeit bedingt die Zentralisation.

Ein weiterer Berliner Vertreter führt aus, er habe auch Bedenken gegen die Herabsetzung anderer Kopfe, aber wir können und darf...

wollten uns in das Räteystem eingliedern. Die Einheitsorganisation würde auf Grund des Räteystems kommen, deshalb halte er auch den Bund der Gewerkschaften überflüssig. Das Vertrauen zu den Gewerkschaften sei erschüttert. Bei dem Räteystem könnten wir jeden Augenblick neu wählen. Den Beamten fehle der vorwärtsdringende Impuls. Mit einer Aenderung der Kartelle sei er einverstanden, wenn die Rechte der Mitglieder nicht geschmälert werden.

Ein Bezirksleiter ist nicht der Meinung, daß durch das Räteystem alles überholt wird. Dabei handelt es sich auch nur um ein Wort. Die Hauptsache sei aber erprobte Tätigkeit, das Wort Nebenfrage. Als praktischer Gewerkschafter finde er sich mit den Tatsachen ab. Wenn Einrichtungen ihren Zweck nicht mehr erfüllen, solle man nicht aus lauter Achtung vor der Demokratie alles beim alten lassen. Das Vertrauen zu den Gewerkschaften werde vielfach erschüttert durch unlaute Elemente. Aber wir würden nicht diese erregte Entwicklung der Gewerkschaften haben, wenn das Vertrauen zu ihnen so erschüttert wäre, wie behauptet wird.

Kollege Zernide führt aus, wir seien doch Mitglieder einer Organisation und sollten es deshalb unterlassen, nach dieser und jener Seite zu reben, sonst wäre die Beratung unfruchtbar. Das Räteystem ist lediglich eine Aenderung des Ausdrucks, im übrigen eine alte Sache. Für uns handelt es sich stets darum, wie der Einfluß der Arbeiter auf wirtschaftlichen Gebiete gestärkt werden könne. Bei der Politik würden stets wirtschaftliche Interessen mitspielen. Im Räteystem selbst drücke sich keine Macht aus, hinter den Räten müsse eine Macht stehen, und diese liege in der Organisation der Arbeiter. Nur aus ihr fließe die Macht. Alle technischen Hilfsmittel bei der Warenherzeugung nützen uns nichts, wenn wir nicht auch Herz und Hirn der Menschen gewinnen. Das sei nur durch Organisation möglich. Wir wenden uns nicht gegen die Räte, aber dagegen, daß diese alle Macht in den Betrieben bekommen. Dadurch sei die Arbeiterkraft stark gefährdet. Redner führt ein Beispiel aus einem Betriebe an, in dem die Arbeiter jetzt schon alle Macht ausüben, womit er zeigen wolle, wie die wenigen Monate schon eine andere Auffassung über die Verhältnisse vor sich gegangen sei. Deutschland könne keine Dasein in der kapitalistischen Welt schaffen. Der große Teil der körperlichen und geistigen Arbeiterkraft habe das Wesen der Sozialisierung noch nicht begriffen. Jeder legt sie nach seinem Geschmack aus. Die Betriebsräte werden nötig sein, das ist schon längst unser Standpunkt, aber sie können nur wirkungsvoll arbeiten, wenn sie in wirtschaftlichen Organisationen zusammengeschlossen werden.

Die Aussprache über die von Reichel angeregten Fragen war damit erledigt. Mit allen gegen eine Stimme bei einigen Enthaltungen erklärte sich der Beirat damit einverstanden, daß Reichel in dem von ihm dargelegten Sinne bei Abfassung der Bundesstatuten wirke. Im Laufe der Aussprache war von einem Vertreter des 3. Bezirks die Anregung gemacht worden, die Delegierten zum Gewerkschaftskongress zu beauftragen, den Antrag zu stellen, daß der § 616 des A.G.B. zwingendes Recht werde. Dem stimmte der Beirat zu.

Zur Wahlkreiseinteilung und zum Wahlreglement für die Abgeordnetenwahlen zum Gewerkschaftskongress hat der Vorstand eine Vorlage unterbreitet. Zur Wahlkreiseinteilung wurden zwar verschiedene Wünsche auf Veränderung geäußert, schließlich aber wurde ihr und dem Reglement zugestimmt. Die Wahl wird an einem Sonntag im Mai vorgenommen werden. Für die Zahl der Abgeordneten wird die Mitgliederzahl am 31. März 1919 zugrunde gelegt. Nach dem Beschluß unserer Pommerschen Generalversammlung entstehen wir statt auf 5000 auf 10000 Mitglieder einer Abgeordneten. Danach ergeben sich bei unserer Mitgliederzahl ungefähr 100 Abgeordnete.

Beim Eintritt in die Beratung der Stellungnahme zur Generalversammlung im November gefragt worden sei, die Generalversammlung müsse verschoben werden. Auch jetzt müßte der Vorstand vorschlagen, sie bis zum Herbst zu verschieben. Die Jahresabrechnung könne nicht so zeitig wie früher fertiggestellt werden, auch andere Arbeiten seien im Rückstand. Der Vorstand schlage vor, die Generalversammlung vom 7. bis 13. September abzuhalten. Zu einem früheren Zeitpunkt sei nicht fertig zu werden. Wegen Verschiedenheiten konnte es auch nötig werden, sich nicht an den Termin zu halten. Ueber den Ort könne hier nicht bestimmt werden, die Kölner Generalversammlung habe sich für Kiel erklärt.

Ein Berliner Vertreter fällt die vom Vorstand vorgeschlagene Zeit für angemessen, weil auch sie die Stellungnahme zur Generalversammlung stark in Anspruch nehme.

Der Beirat beschließt nach dem Vorschlage. — Zur Tagesordnung der Generalversammlung wird von Reichel bemerkt, daß der Vorstand dafür die üblichen Punkte vorschläge, darunter selbstverständlich auch eine Aenderung der Satzung, die einen größeren Zeitraum einnehmen werde. Der Vorstand schlage keinen allgemeinen Antrag vor, weil er doch wieder abgelehnt werden müßte. Ueber die Arbeitsgemeinschaften werde ehedem gesprochen werden beim Vorstandsbericht und bei der Berichtsprache über den Gewerkschaftskongress.

Ein Berliner Vertreter meint, die vom Vorstand vorgeschlagene Tagesordnung reiche nicht, er beantrage als 3. Punkt Arbeitsgemeinschaften und als 4. Punkt Betriebs- und Arbeiterräte je mit Referenten und Korreferenten. Ein Bezirksleiter ist gegen diese Anträge. Beim Vorstandsbericht werde das alles zur Sprache kommen. Durch besondere Referate würden wir alles das doppelt bekommen. Es könne auch innerhalb der Aussprache über den Vorstandsbericht einem Redner eine längere Redezeit gewährt werden, wenn dazu überhaupt ein Bedürfnis vorliegen sollte.

Ein Berliner Vertreter stimmt dem Vorsitzenden zu, wenn einem Redner unbegrenzte Redezeit gewährt werde. Ein anderer Berliner Vertreter will zwei so wichtige Punkte nicht mit dem Vorstandsbericht verknüpfen. Wir müßten den Kollegen Rechnung fragen, daß sie richtig Stellung nehmen können.

Ein Bezirksleiter betont, die Tages seien noch nicht so weit fortgeschritten, daß wir uns hier schon festlegen könnten.

Ein Vertreter des 5. Bezirks will, da Betriebsräte dieser Sommer gesetzlich eingeführt werden, diese als besonderen Punkt aufgeführt werden. Der Sitzung im Laufe sei mehr Rechnung zu tragen.

Ein Bezirksleiter hält es für richtig, jetzt schon Referate anzusetzen. Wir wissen nicht, wie Arbeitsgemeinschaften und Betriebsräte beschaffen sein werden. Wir sind keine Genner, man solle sich das endlich entscheiden. Auf der Generalversammlung brauche man auch die Zeit nötig zur Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. Ein Mitglied des Ausschusses meint, daß viele Bedenken auf der Generalversammlung das nur für das Protokoll gestellen werden. Wenn noch zwei besondere Punkte zu behandeln wären, müßte doch einer wegen Platzmangel abgelehnt werden.

Reichel ist dagegen, daß Arbeitsgemeinschaften und Betriebsräte als besondere Punkte behandelt werden sollen. Die Arbeitsgemeinschaften gehören heute schon zum Teil zu unserer Tätigkeit. In nächster Zeit werden wir mit den Reichsorganisationsstellen in Verbindung kommen, in den nächsten Monaten viel damit zu tun haben. Der Vorstand müßte die Möglichkeit haben, über seine Tätigkeit zusammenhängend zu berichten. Das Räteystem werde vornehmlich nach dem Gegenstand unserer Tätigkeit werden, um es praktisch auszugestalten.

Ein Bezirksleiter bemerkt, gegen das Räteystem sei niemand unter uns, das sei nur Konstruktoren. Ein besonderer Vortrag sei also möglich. Unser grundsätzlicher Standpunkt müsse sein, für solche Räteleiter die größten Vorteile heranzuziehen. Dem ist Kollege der erste Sitzungstag. (Schluß folgt.)

Wollen die Wäden in Louisiana Früchte haben, so sollen sie den Samen an der Wurzel. Dies ist die despotische Regierung. Der Inhalt an eine Organisation ist eine ständige Pflicht für den Arbeiter, der er sich nicht ohne zureichende Gründe entziehen darf.

Unser Verband in der 239. Woche nach Kriegsausbruch

Das Ergebnis der Erhebungen über die Mitgliederbewegung usw. in der 16. Woche des Waffenstillstandes ist in nachfolgender Uebersicht dargestellt. Hierzu fehlen die Berichte von nachstehenden Verwaltungen: Graudenz, Gumbinnen, Köslin, Posen, Thorn, Teterow, Elstertal, Brieg, Hainau, Gumbinnen, Gumbinnen, Neize, Jarabitz, Eberswalde, Kirchhain, Landsberg a. B., Neu-Kruppin, Oronienburg, Senftenberg, Torgau, Werder, Briesen, Köpzig, Oßershausen, Neichenbach i. Vogtl., Riesa, Artern, Berka, Wartenburg i. Th., Clausthal, Duderstadt, Eisenberg, Getha, Göttingen, Garzrode, Schiershausen, Jmenau, Rapphütte, Mühlhausen i. Th., Neustadt a. O., Nordhausen, Quedlinburg, Ruhla, Schmalkalden, Sömmerda, Tangermünde, Zeulenroda, Jorze, Delmenhorst, Caternförde, Gesehacht, Müllschicht, Seide, Zehoe, Leer, Lüneburg, Norden, Oldenburg, Minneberg, Schleswig, Barf, Begejad, Bebel, Aachen, Düren, Lippstadt, Westmann, Minden, München-Gladbach, Seinhäusen, Warstein, Wendorf, Diederhosen, Erbach, Geisenheim, Höchst, Marburg, Meß, Saarbrücken, Siegen, Trier, Wallau, Wiesbaden, Achem, Freudenstadt, Kehl, Lahr, Lambrecht, Lörrach, Neustadt a. d. S., Nürtingen, Oggersheim, Rirmasens, Nienchen, Reutlingen, St. Georgen, Schweningen, Speyer, Triberg, Zweibrücken. Bamberg, Landsberg, Landsberg, Passau, Berlin

Uebersicht über die Zeit vom 23. Febr. bis zum 1. März 1919

Verwaltung	Verwaltungstellen haben besetzt	Mitgliederzahl am Anfang der Woche	Davon vom Beirat entlassen	Mitgliederzahl am Ende der Woche	Davon arbeitslos	Davon zum Beirat	Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung			
1.	27	7	37400	119	415	49	36935	604	1,63	3035
2.	29	6	61387	103	534	28	60853	607	1,00	3416
3.	24	9	23314	90	146	15	23168	1034	4,46	4405
4.	46	4	128030	982	1002	207	127028	12630	9,90	57205
5.	60	22	109359	712	670	52	108689	3272	3,01	20189
6.	27	15	95574	249	1806	40	93768	8498	9,06	28145
7.	26	8	925437	491	2875	98	222562	3038	1,77	24873
8.	20	12	49514	236	551	21	48960	1966	4,02	6802
9.	31	17	87995	393	956	7	87039	3322	3,82	19867
10.	38	4	63447	192	629	14	62818	6374	10,15	38824
11.		1								

Zusammenfassung: 328 105 381457 3547 9587 531 871870 42195 4,84 206711

Einflusslich der im Laufe der Woche zugehenden, Neuzugängen und vom Beirat Entlassenen.

Zu der Berichtswache wurden, soweit Berichte eingegangen sind, 23490 neue Mitglieder aufgenommen.

Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder ist gegen die Vorwoche um 0,36 v. H. der berichteten Mitgliederzahl zurückgegangen.

Die Zahl der krank gemeldeten Mitglieder weist gegen die Vorwoche in keinem Bezirk eine nennenswerte Aenderung auf. Sie beträgt im Durchschnitt 1,02 v. H. der berichteten Mitgliederzahl gegen 1,07 v. H. in der Vorwoche. Sie ist wieder am höchsten im 8. Bezirk mit 1,55 v. H., am niedrigsten im 2. Bezirk mit 0,52 v. H. der berichteten Mitgliederzahl. Die berichtete bezahlte Unterstützung beträgt 72379 M.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 30. März der 14. Wochenbeitrag für die Zeit vom 30. März bis 5. April 1919 fällig ist.

Für die Bezirksleitung im sechsten Bezirk wird zum sofortigen Antritt ein

Hilfsarbeiter

gesucht. Die Bewerber müssen mit allen Einrichtungen des Verbandes vertraut sein, insbesondere müssen sie schriftliche Arbeiten (Tabellen usw.) für Verbandszwecke anfertigen und in der sonstigen Korrespondenz bewandert sowie agitatorisch tätig sein. Bevorzugt werden Kollegen, die maschinenscribe können. Die Bewerber müssen seit längerer Zeit organisiert sein. Die Befolgung erfolgt nach den Beschlüssen der Generalversammlungen in Breslau und Köln. Die Bewerbungen sind bis zum 5. April zu richten an den Bezirksleiter Otto Schulz, Hamburg 1, Befendlindehof 57.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse:			Beginn der Beitragszahlung
	I	II	III	
Bayreuth	10	10	10	1. April.
Hannenburg a. S.	5	5	5	14. Beitragswoche.
Gronau	10	—	10	1. April.
Gumbinnen	5	—	—	1. "
Grzberg	10	—	5	1. "
Torgau	10	10	10	1. "
Reichede	10	10	10	1. "
Minden	—	15	5	1. "
Neheim-Hüsten	10	10	10	1. "
Nördlingen	10	—	10	1. "
Wronen i. Allg.	10	—	5	1. "
Pfusaßstadt	20	—	10	14. Beitragswoche.
St. Georgen	20	15	15	1. April.
Soest	10	10	—	1. "
Triberg	20	15	15	1. "
Willingen	20	15	15	1. "
Wittenberg	10	—	—	1. "

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungstelle Essen: Der Neuvorredner Gustav Bohning, geb. am 4. Mai 1889 zu Essen, Buch-Nr. 2580890, wegen Denunziation.

Warnung!

Nach uns zugegangenen Mitteilungen werden von Agenten gelehrte Arbeiter, besonders Dreher, Schlosser, Elektromonteur usw. für Amerika und Japan angeworben. Wir warnen unsere Kollegen, diesen Werbungen Gehör zu lassen, solange der Friedensvertrag nicht abgeschlossen ist und auch für die Deutschen allgemein wieder bessere Verhältnisse in den Ländern unserer derzeitigen Gegner bestehen. Solange das nicht der Fall ist, hat kein Kollege Sicherheit für die Einhaltung eines abgeschlossenen Vertrags.

Dazu ist heute mehr wie in der Zeit vor dem Krieg eine genaue Kenntnis der Arbeitsverhältnisse der Lebens- und Machtverhältnisse in den in Frage kommenden Ländern notwendig, um überhaupt die Tragweite von Verträgen ermessen zu können.

Sir werden uns bezüglich der Arbeits- und Lebensverhältnisse durch Vermittlung des Internationalen Metallarbeiter-Bundes mit

den in Frage kommenden ausländischen Metallarbeiterorganisationen beauftragt die Verhältnisse in Verbindung zu setzen.

Wie unwahrscheinlich die Angaben der Agenten sind, zeigt die Behauptung, daß der Metallarbeiterverband in Japan (!) an den Deutschen Metallarbeiter-Verband das Ersuchen gerichtet habe, eine Anzahl von Leuten nach Japan zu überweisen.

Wir erfragen unsere Kollegen, uns oder der ausländigen Verwaltung sofort Nachricht zu geben, wenn Agenten behufs Werbung von Arbeitskräften für das Ausland auftauchen.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten.

von Metallarbeitern nach Wittenberg (11 Firmen) Str.; von Schmieden, Schloßern, Posierern und Packern nach Schmalkalden (Magnezfabrik v. Braun).

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Orts oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten.

Aus den Verbandsbezirken

Neunter Bezirk.

An die Mitglieder der Verwaltungstellen Furtwangen, Hornberg, Triberg, St. Georgen und Bilingen.

Werte Kollegen! Fast einstimmig haben die vom 15. bis 17. d. M. abgehaltenen Versammlungen beschlossen, für den Schwarzwald eine Kreisverwaltung zu errichten und einen Geschäftsführer anzustellen.

Die Begründung des Antrags geht davon aus, daß die Lage von St. Georgen eine zentraler gelegene ist, wie die von Bilingen, und daß die Industrie in St. Georgen erheblich stärker und vielfältiger ist, wie die in Bilingen.

Es findet deshalb am Sonntag den 6. April 1919 im örtlichen Verkehrslokal eine geheime Abstimmung statt, die endgültig über den künftigen Sitz der Geschäftsstelle entscheidet.

Die Bezirksleitung.

Auf dem Abstimmungszettel darf nur der Name eines Ortes eingetragen werden, entweder Bilingen oder St. Georgen. Stimmzettel, die den Namen einer andern Verwaltung enthalten, sind ungültig.

Vollständige Beteiligung der Mitglieder an der Abstimmung halten wir für selbstverständliche Pflicht.

Die Bezirksleitung.

Berichte

Gütnenarbeiter.

Oberschleien. Stellungnahme der organisierten Metallarbeiter Oberschleiens zur Sozialisierung der Gütnenwerke. Von der Arbeitsgemeinschaft für die Metallindustrie Oberschleiens war eine Vertrauensmännerkonferenz einberufen, die am Sonntag dem 9. März im Rottwitzer Apollo-Theater tagte und von circa 700 Vertretern besucht war.

Kann man auf einmal nicht erreichen und deshalb sollte man keine unnützen Behürdungen hegen, keiner Beeinflussung von unberufenen und unerantwortlicher Seite nachgeben und nichts Unmögliches fordern. Die wirtschaftliche Blockade der Exporte wird noch ausgelastet wie während des Krieges, und deshalb sind die Verhältnisse keine normalen.

Metallarbeiter.

Bradel bei Dortmund. In der Versammlung am 1. März berichtete Kollege Armes über Lohnstreikigkeiten der Zechenmetallarbeiter.

Frankfurt a. M. Am 5. März hielt die hiesige Verwaltungsjelle ihre Jahresversammlung im Kaufmännischen Vereinshaus ab, die sehr gut besucht war. Aus dem zuvordr vorliegenden Geschäftsbericht gab der Vorsitzende Kollege Bernatz die wichtigsten Punkte wieder.

Friedrichshagen. Wir teilen unseren Kollegen mit, daß mit Wirkung vom 1. April 1919 die Unterhaltungskasse der Firma Rotorenbau Ranzau G. m. b. H. Friedrichshagen als aufgelöst zu betrachten ist.

Magdeburg. Zur Generalversammlung der hiesigen Verwaltungsjelle waren die Mitglieder am 23. Februar in großer Zahl erschienen, daß die Räumlichkeiten des 'Walhalltheaters' sie kaum zu fassen vermochten.

für das Proletariat und die Revolution, dessen Nord er als Gewalttat der Gegenrevolution bezeichnete. Zum Geschäftsbericht der Verwaltung bemerkte Brandes einleitend, daß die Revolution auch der Gewerkschaftsbewegung erhebliche Vorteile gebracht, während sie die Pläne der Geschäftsmacher zerstört hat.

Nordhausen. Die hiesige Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes war veranlaßt, mit den Metallarbeitern des Eichsfeldes Fühlung zu nehmen, da aus dieser schwarzen Ecke noch sehr viele über schlechten Lohn und Nichtzahlung der 8stündigen Arbeitszeit geklagt wurde.

Rundschau

Drei Millionen.

Der Wille ist es, der den Menschen zur Persönlichkeit macht, der ureigene, gerade, unberührbare Wille. Er macht den Menschen groß und stolz und gibt ihm die natürliche Majestät der Führung und Leitung.

Ein Ziel aber, welches es auch sei, kann nur dann vom Willen, wie stark er auch ist, erreicht werden, wenn der Wille ein Gemeinschaftswille, wenn er sich einfügt in eine große, leitende Gesamtheit.

Nach den neuesten Zahlen haben die gewerkschaftlichen Zentralverbände die Mitgliederzahl von drei Millionen überschritten. Welch eine Willenskraft steckt in dieser Zahl! Und immer weiter geht es vorwärts, immer voran zum Ziele.

Der Wille, so sagten wir, macht den Menschen groß und stark und frei. Muß nicht der einzelne, der sich diesem gewerkschaftlichen Gesamtstreben einfügt, auch zugleich mit diesem so gewaltigen Erklärten des Gesamtwillens wachsen und zunehmen an innerer Gewalt?

Es ist ein notwendig verbundenes Sein und Wer: Wie die geistigen Willen den Organisationswillen schaffen, so ist es der Organisationswille, der wieder den einzelnen belebt und erfreut und zu täglich neuem Leben antreibt.

Drei Millionen! Wir fühlen uns hinausgewachsen über uns selber, wie Sieger, die einen wichtigen Stoß unternommen nach vorn. An großer Unbezwingbarkeit hat gewonnen der Wille eines jeden von uns: Er muß kommen, der endgültige Sieg! Und mit dieser Ueberzeugung von seinem Kommen gibt uns der groß gewordene Gesamtwillen ins Herz das erhebende Glücksgefühl, ein Wille zu sein in diesem Gesamtstreben, und wir empfinden es besonders vernehmlich, daß glücklich nur ist, wer ein Ziel hat und wer seinen Willen in diesem Ziel hineinfügt in den zielbewußten Willen der organisierten Einheit.

Aus den Unternehmerverbänden.

Der Bergische Fabrikantenverein beschäftigte sich am 7. März in einer außerordentlichen Hauptversammlung mit der Neuorganisation der Bergischen Industrie des Bergischen Landes. Nach einem Berichte in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung (Nr. 204 vom 10. März) begründete Syndikus Dr. Meyer die Notwendigkeit der Neuorganisation.

